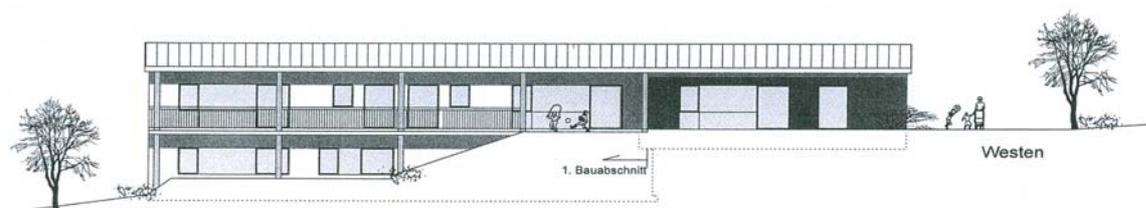


Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe Juni 2009



Endlich: Eine Kinderkrippe für Grafrath

Die Voraussetzungen für den Bau einer seit langem benötigten Kinderkrippe in Grafrath sind nicht schlecht: Angesichts der Tatsache, dass der Regierung von Oberbayern im Jahr 2009 69 Millionen Euro Fördermittel aus Bundes- und Landesprogrammen für den Bau von Kinderkrippen zur Verfügung stehen, stimmt eine Mehrheit des Grafrather Gemeinderats für die schnelle Umsetzung des Bauvorhabens. Die neue Kinderkrippe soll am oberen Höfener Hang neben dem Friedhof zwischen Kirchweg und Hauptstraße entstehen. Eine breite Unterstützung für dieses Projekt gibt es auch aus der Grafrather Bevölkerung, die sich z. B. in einer Unterschriftensammlung manifestiert hat.

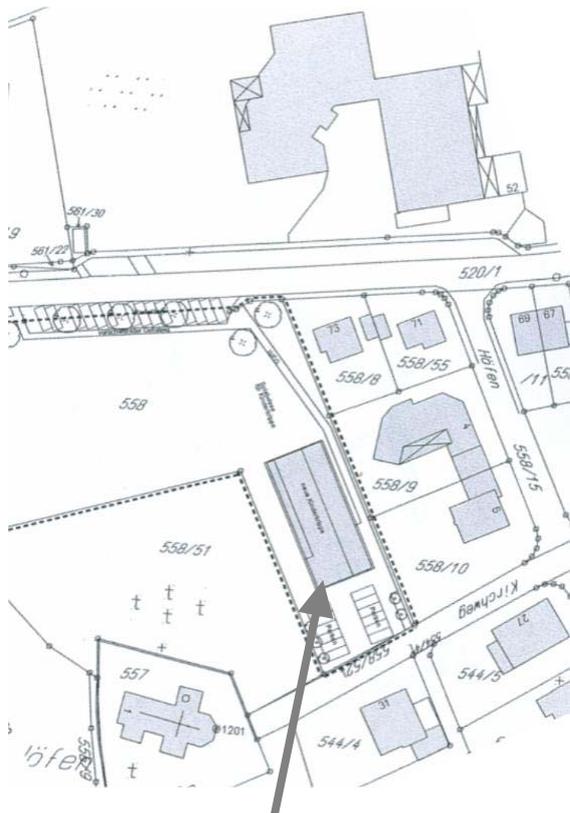
Leider hat eine kleine Minderheit der Anwohner mit Hilfe der Freien Wähler versucht, dieses Projekt zu kippen.

Natürlich mag es ärgern, dass man jetzt vor seiner Haustür oder hinter der Gartenhecke statt auf die grüne Wiese auf ein Gebäude schaut.

Es ist schon fast ein Glaubensstreit: Die einen sehen das Zuhause, speziell die Mutter, als einzigen Ort, an dem es Geborgenheit und gute Entwicklungschancen für Kleinkinder gibt. Andere sehen die Kinderkrippe nicht nur als Voraussetzung für Berufstätigkeit der Eltern. Auf jeden Fall gilt: Gute Krippen können eine Bereicherung für Kinder sein. So meint der Psychologe und Berater des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) Wassilios Fthenakis: "Man kann aber das Aufwachsen des Kindes bereichern, wenn es in eine Einrichtung von hoher Qualität geht. Wenn ein Kind mit der Mutter allein ist, bekommt es nur ein Drittel der für seine Entwicklung nötigen Ressourcen. Das zweite Drittel ist die Beziehung zum Vater und das dritte sind die Qualität der Partnerschaft und die sozialen Beziehungen mit anderen, etwa in der Kita oder der Verwandtschaft." (die tageszeitung: Interview mit Wassilios Fthenakis: "Kita erst ab 18 Monaten")

Mit der Qualität steht es laut einer Ende letzten Jahres veröffentlichten UNICEF-Studie nicht zum Besten: In der Bundesrepublik werden fünf von zehn Kriterien nicht erfüllt. So stehen bislang noch nicht für ein Viertel der unter Dreijährigen Betreuungsplätze zur Verfügung. Auch der Mindestpersonalschlüssel von einem Betreuer für 15 oder weniger Kinder wird verfehlt. Deutschland gibt laut UNICEF statt einem nur 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Kindergärten aus. Schließlich werden nicht alle Kinder bislang mit medizinischen Grunddiensten erreicht. Ein Großteil der Kita-MitarbeiterInnen in Deutschland ist nicht gut genug ausgebildet und verdient dementsprechend auch zu wenig Geld.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzen sich für den flächen-deckenden Ausbau qualifizierter Kinderbetreuung ein. Das Ehegatten-Splitting, das gut verdienende – auch kinderlose - Ehepaare unverhältnismäßig bevorzugt, soll dafür wegfallen.



Lage der geplanten Grafrather Kinderkrippe

Wir GRÜNEN hoffen aber auf die Einsicht aller Anwohner, damit das Bauvorhaben nicht durch einen Rechtsstreit noch verzögert wird!

Das Landratsamt hat grünes Licht gegeben, so dass der Bau wohl im Herbst beginnen kann. Im Sommer 2010 können dann wahrscheinlich die ersten Kleinkinder das neue Haus mit Leben erfüllen!

Noch eine Bemerkung zur Rolle der Freien Wähler: Sie geben vor, die konkreten Interessen der BürgerInnen zu vertreten. Das scheint für sie aber leider konkret zu bedeuten: Einzelinteressen, die am lautesten vorgetragen werden, zu verstärken. Auch hier ist eine auf das Allgemeinwohl gerichtete Gesamtbetrachtung nicht erkennbar. Dies wäre aber die Voraussetzung für bürgernahe Planung. So ist der Vorschlag eines Alternativstandorts mitten auf dem Schulgelände sehr kurzsichtig: Entweder wird ein in Elterninitiative errichteter Spielplatz geopfert oder der Schule würde wesentlicher Freiraum genommen.

„Fortschritt“ im Kinderhaus Kottgeisering



Im doppelten Sinn ist ein Fortschritt im Kinderhaus Kottgeisering zu verzeichnen. Zum einen geht es nun mit großen Schritten voran im Umbau und Neubau des Kinderhauses und zum anderen gibt es einen neuen Träger, die gemeinnützige „FortSchritt GGmbH“.

Am 18. Mai haben die Arbeiten zur energetischen Renovierung des ehemaligen Kindergartens und der Bau des zusätzlich erforderlichen Mehrzweckraumes begonnen. Da der Kindergartenbetrieb bis zur Eröffnung des neuen Hauses weitergehen

muss, haben der Gemeinderat und die freiwillige Feuerwehr Kottgeisering beschlossen, während der Bauzeit ihre Räume in der Gemeinde den Kindern und ihren Betreuern zu überlassen.

Mit der neuen Trägerschaft hat die Gemeinde Kottgeisering die Betreuung in äußerst professionelle und erzieherisch sehr gute Hände gegeben, was die zusätzliche Einrichtung einer Kinderkrippe, in der Kinder ab 18 Monaten aufgenommen werden können, auch erforderlich macht. Mehr Informationen zum neuen Träger finden Sie im Internet unter <http://www.fortschritt-ggmbh.de>.

Durch das Ausscheiden der bisherigen Leiterin des Kindergartens wurde diese Stelle schon mit Personal von „FortSchritt“ besetzt, was sich sehr gut bewährt hat und auch von den Kindern ohne Probleme gemeistert wurde. Wir wünschen dem Kinderhaus einen erfolgreichen Start im neuen Kindergartenjahr.

Zukunft des „Klosterwirt“:

CSU und Freie Wähler präsentieren kein anderes Konzept – nur andere Akteure

CSU und Freie Wähler haben einst Stimmung gemacht gegen die Vorschläge des Forum Klosterhof zur Neugestaltung des Klosterwirt-Areals („massive Bebauung“). Nun haben sie ein Konzept vorgestellt, das fast genauso viel Bebauung vorsieht, aber noch mehr Fläche hinter dem Tennisplatz benötigt.

Wir erinnern uns:

Im letzten September fand ein Bürgerentscheid über die Zukunft des „Klosterwirt“ statt. Eine knappe Mehrheit lehnte dabei die Pläne des Forum Klosterhof ab. Hauptstreitpunkt war damals die „massive Bebauung“ auf dem Areal des Tennisplatzes. CSU und ‚Freie Wähler Einigkeit‘ gelang es mit z. T. überzogenen Darstellungen Ängste in der Bevölkerung gegen dieses Projekt zu schüren.

Schubladenpläne: Fehlanzeige

Insbesondere die CSU tönnte unter Federführung von Gemeinderat Stöppel, man habe längst eigene Vorschläge in der Schublade. Doch es dauerte über 7 Monate, bis die beiden Gruppierungen ein eigenes Konzept vorlegten.

Eigentlich war unter den Gemeinderäten auf einer Klausurtagung vereinbart worden, das angekündigte Konzept als Diskussionsgrundlage zu nehmen. Nach Klärung grundlegender Fragen sollten gemeinsam weitere Schritte erarbeitet werden. Danach könnte der Öffentlichkeit ein tragfähiges Konzept vorgestellt werden.

Aber dieser Schwur hielt nur ein paar Tage. Eine schon auf der Klausurtagung vorformulierte Presseerklärung der Gemeinderäte fand im Nachhinein nicht mehr die Zustimmung von CSU und FW. Daraufhin nahm die CSU die Veröffentlichung der Presseerklärung zum Anlass, sich nicht mehr an die getroffenen Vereinbarungen zu halten und präsentierte ihr Konzept der örtlichen Presse.

Was nun der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, erinnert einerseits an das bisherige - auch von uns favorisierte - Konzept des Forum Klosterhof.

So wird für den Klosterwirt ein kleines Hotel mit Gastronomie-Betrieb vorgese-



hen. Zur Finanzierung der Sanierung des denkmalgeschützten Stadels wird die angrenzende Fläche mit Wohnhäusern bebaut.

Waren CSU/FW noch angetreten, eine deutlich reduzierte Bebauung umzusetzen, so schlugen sie nun eine Größenordnung vor, die fast genauso viel Bauvolumen vorsieht, aber dabei weit mehr Fläche verbraucht als das alte Konzept des Vereins Forum Klosterhof. Damals stand eine Fläche von 20.100 qm zur Debatte. Nun sind es 25.850 qm! Somit sollen 5.750 qm zusätzlich bebaut werden. Zur weiteren Verwirrung wird noch eine weitere Alternative geliefert, die insgesamt 37.100 qm zur Bebauung vorsieht.

Soziale Projekte: Fehlanzeige

Während das alte Konzept des Forum Klosterhof soziale Projekte vorsah (Service-Einrichtungen für ältere Bürger Kinderbetreuung, Mehrgenerationen-Wohnen, Pilgerstation, etc.), die den Gemeindegürgern zugute kommen sollen, wird bei dem vorgelegten Konzept darauf komplett verzichtet. Dafür wird der Hotel- und Gastronomiebetrieb mit erheblichen Einnahmen aus Grundstücksverkäufen „bezuschusst“. Das ganze Finanzierungskonzept steht noch auf wackeligen Füßen. Die Verkaufserlöse werden zu optimistisch angesetzt. Grundstückspreise von ca. 150.000,- bis 220.000,- Euro für ein Einfamilienhaus können Normalverdiener kaum bezahlen.

Die nächsten Wochen werden zeigen, wie ernst das Interesse ist, gemeinsam im Gemeinderat zu einer für alle Seiten tragfähigen Lösung zum Erhalt des Klosterwirts zu kommen und welche Rolle zukünftig Gemeinde, Verein, Projektentwickler und Betreiber bei diesem Projekt spielen werden.

Erneuerbare Energien: Die Zukunft für unsere Gemeinden



Dach des Bürgerstadels: Noch ist etwas Platz für eine weitere Solaranlage

Klimaschutz ist heute in aller Munde. Der rapide Klimawandel der letzten Jahrzehnte inzwischen für alle sichtbar und spürbar geworden ist. Niemand kann heute noch ruhigen Gewissens behaupten, die auffällige Häufung von Rekordtemperaturen, Jahrhunderthochwassern, Sturmkatastrophen etc. in allen Teilen der Erde sei Zufall oder bewege sich im Rahmen natürlicher Schwankungen. Die Prognosen der Klimaforscher sagen uns, dass dies erst der Anfang größerer Veränderungen unseres Klimas ist. Unstrittig ist die Verbrennung von Erdöl, Kohle und Erdgas – allen voran bei der Gebäudebeheizung und im Verkehr – die Hauptursache dieser dramatischen Veränderungen.

Erdöl und Erdgas können nicht unendlich gefördert werden. Insbesondere das Erdöl wird schon in den nächsten Jahren immer knapper, wie übrigens auch das Uran als Brennstoff für Atomkraftwerke.

Deshalb ist es jetzt wichtig, erneuerbare Energien Biomasse, Solar, Windkraft, Wasserkraft und Erdwärme (Geothermie) zu fördern.

Gemeinden mit gutem Beispiel voran...

Die Gemeinden Grafrath und Kottgeisering müssen dazu mit gutem Beispiel vorange-

hen, wenn es um die Sanierung der eigenen Gebäude geht.

So steht demnächst in Grafrath die Erneuerung der Heizungsanlage im Bürgerstadel an. Hier wird von uns der Einsatz von Holzpellets als neue Heizungsanlage favorisiert. Die Anschaffungskosten sind zwar höher als bei herkömmlichen Gas-Brennwert-Kesseln, dafür sind die Betriebskosten erheblich günstiger und die Umwelt wird weniger mit Kohlendioxid belastet. Auch die Solarenergie kann beim Bürgerstadel zum Einsatz kommen. Günstiger als eine Thermosolaranlage zur Warmwasser-Erzeugung ist dabei die Erweiterung der Photovoltaik-Anlage zur Strom-Gewinnung, so dass die Gemeinde neben der ökologischen Vorbild-Funktion sogar einen Überschuss erwirtschaften kann.

Schule und Hallenbad, die größten Energieverbraucher...

Als größter gemeindlicher Energieverbraucher in Grafrath steht die Schule mit dem Hallenbad im Mittelpunkt. Wichtig sind auch die kleinen Maßnahmen des Energiesparens, wie z.B. das Projekt Fifty-fifty an der Grafrather Schule. Hierbei kümmern sich SchülerInnen und LehrerInnen um die

Senkung des Heizung- und Stromverbrauchs. Die eingesparten Energiekosten kommen je zur Hälfte der Schule und der Gemeinde zugute.

Zusätzlich kann die Gemeinde vom sogenannten Konjunkturpaket II profitieren: Hier werden 481.000,- Euro für die Sanierung von Dach und Fassade der Grundschule bereitgestellt.

Nahwärmeverbund ist anzustreben...

Angestrebt wird für die Zukunft ein Nahwärmeverbund. Eine zentrale Energiezentrale soll Schule, Kindergarten, Rathaus, Feuerwehrgebäude und die geplante Kinderkrippe (zwischen Kirchweg und Hauptstraße neben dem neuen Friedhof) mit Wärme und gegebenenfalls Strom versorgen.

So könnte z.B. ein mit Hackschnitzel (aus Holzabfällen) oder Biogas (ein Abfallprodukt der Kläranlage) befeuertes Block-

heizkraftwerk sowohl die Strom- als auch die Wärmeversorgung der öffentlichen Gebäude bestreiten. Klassische Großkraftwerke geben 60% der Energie aus Kohle in den großen Kühltürmen ab. Bei Atomkraftwerken ist das Verhältnis sogar noch schlechter. Dezentrale Blockheizkraftwerke können diese Abwärme unmittelbar zur Gebäudebeheizung und Brauchwassererwärmung nutzen. Für solche Anlagen existieren heute zudem Förderprogramme von Bund und Land, die die Gemeinde bei der Durchführung deutlich finanziell entlasten.

Europawahl am 7. Juni:



Für ein besseres Europa!

Die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, fortschreitender

Klimawandel, soziale Ungerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, ungesicherte Energiequellen und anhaltende Bedrohung durch internationale Kriminalität und Terrorismus. All dies sind Probleme globaler Natur und doch betreffen sie jedEr Einzelne von uns. Sie bestimmen unseren Urlaub, unseren Beruf und Alltag, sie bestimmen unser Leben.

Wenn wir diesen Sommer wieder aufgerufen werden, unsere Stimme abzugeben, werden nicht wenige von uns sich nur

sträubend bzw. gar nicht zur Wahlurne bitten lassen. Vieles ist zusammen gekommen an Kritik gegenüber der Politik der EU. Dies hat unter anderem auch zur Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden sowie zum irischen Nein zum Lissabon-Vertrag beigetragen.

Die Idee Europa ist in den letzten Jahren nach Meinung vieler Europäer zu einem gigantischen undurchschaubaren Steuerapparat verkommen, der unser aller Leben vielmehr erschwert als vereinfacht. Undurchschaubare Machtstrukturen, nicht nachvollziehbare Gesetzgebung, absurde Steuerpolitik etc. scheinen da die WählerInnen nicht gerade zu motivieren.

Wir GRÜNE teilen nicht wenig von dieser Kritik. Die Idee Europa hat im Laufe der letzten Jahren einen Großteil ihres Charmes verloren und tut sich zunehmend

schwerer, Unterstützung in der Bevölkerung zu finden.

Und doch sind wir GRÜNEN von ihrer Stärke und Unerstlichkeit, sowie ihrem Potential überzeugt. Wir alle haben von Europa profitiert und tun es bis heute:

Bessere Standards beim Umweltschutz wurden eingeführt und die Rechte der VerbraucherInnen gestärkt.

EU-Freizügigkeit ist eine großartige kulturelle Bereicherung, wie sie noch nie da gewesen ist.

Die Rechte der Frauen in der Arbeitswelt wurden durch Urteile des Europäischen Gerichtshofs durchgesetzt.

Der Binnenmarkt und der Euro sind insgesamt Erfolgsprojekte. Sie sind Garanten für Wirtschaftsstabilität – auch in Krisenzeiten.

Friedensprojekt EU: Folge eines zusammenwachsenden Europas ist das Ablösen Jahrhunderte alter Feindschaften durch enge Bündnisse. Insbesondere Deutschland hat durch eine noch nie da gewesene deutsch-französische und deutsch-polnische Freundschaft profitiert.

Noch nie war Deutschland nur von Freunden umgeben und noch nie stand Europa so deutlich für Meinungsfreiheit, Gleichheit und Frieden.

Die Frage heißt nicht ob Europa, sondern wie. Trotz massiver Fehler steht Europa für Hoffnung auf eine grünere – heißt ökologisch, sozial, bürgerrechtlich und friedenspolitisch konsequente – Zukunft.

Wir werben daher für einen Politikwechsel in Europa. Für eine ökologische, soziale, friedliche und demokratische Weiterentwicklung.



Unsere Prioritäten für Europa:

Klima- und Energiepolitik

Ohne jeden Zweifel ist der Klimawandel einer der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die nur auf globaler Ebene gelöst werden kann. Wir Europäer müssen uns unserer Verantwortung stellen und mit gutem Beispiel vorausgehen. Nur so können wir auch andere Länder und Nationen in die Pflicht nehmen. Doch faule Kompromisse und halbherzige Lösungen werden nicht reichen, den weltweiten Temperaturanstieg auf ein Höchstmaß von 2°C begrenzen zu können.

- Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mind. 80% bis zum Jahr 2050
- Einführung eines wirkungsvollen Emissionshandels
- Umstieg auf 100% Erneuerbarer Energien bis 2050
- Stärkere Vernetzung von Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt

Bürgerrechte stärken, die demokratische Teilhabe erweitern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in den Strukturen der EU ein enormes Demokratiedefizit. Seine BürgerInnen fühlen sich längst nicht mehr als Teil der Sache, sondern vielmehr als machtlose ZuschauerInnen. Auch in Sachen Bürgerrechte hat sich viel zum schlechteren gewandelt. Wir treten für ein Europa ein, das Freiheit garantiert und die Menschen schützt – nicht nur gegen Terror und Kriminalität, sondern auch gegen die Neugierde von Unternehmen und die wachsende Datensammelwut von staatlichen Behörden.

- Schutz der Privatsphäre durch Stärkung des europäischen Datenschutzbeauftragten.
- Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens, europäische Bürgerentscheide und EU-weite Referenden
- Einführung eines EU-Kommissariats für Justiz und Menschenrechte

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Wir wollen ein soziales, solidarisches und bürgernahes Europa. Wirtschaftlicher Wettbewerb braucht einen Rahmen, der europäische und weltweite Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards beinhaltet. Nur ein soziales Europa ist ein gerechtes Europa. Gerechtigkeit setzt aber Nachhaltigkeit voraus.

- Einführung eines länderübergreifender Mindestlohns
- Stärkere Regulierung der Finanzmärkte
- Schaffung einer europäischen Finanzmarktaufsicht und klare Haftungsregelungen für Manager.
- Angleichung der Steuerpolitik (Abschaffung von Steueroasen)

Europa braucht Ihre Stimme!

Die kommende Europawahl am 7. Juni hat maßgeblichen Einfluss auf die politische Weichenstellung der Europäischen Union. Sie entscheidet über unsere zukünftige Klima-, Sozial-, Finanz-, Wirtschafts- und Energiepolitik. Wir möchten diese in posi-

tivem Sinne, für mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit begleiten und gestalten.

Dafür bedarf es jedoch mehr als nur unserer Ideen und Visionen, es bedarf Ihrer Unterstützung und Ihrer Stimme. Europa ist noch nicht gescheitert. Die Zeit ist gekommen, sich ihrer Fehler und Ungerechtigkeit zu stellen und für eine bessere Zukunft einzutreten.

Dafür bitten wir um Ihr Engagement und am 7. Juni um Ihre Stimme.



Kottgeisinger Ansichten: Altes bewahren – Denkmalschutz fördern!



Redaktion:
Helma Dreher
Elke Struzena
Roger Struzena
Orlando Zaddach

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592

